

## Litauen: Zweigte ein Minister EU-Gelder ab?

Wirtschaftsminister Kreivys soll über eine Million Euro auf ein Konto seiner Mutter transferiert haben.

[VILNIUS/APA] Der litauische Wirtschaftsminister Dainius Kreivys steht im Verdacht, einen Millionenbetrag an EU-Geldern missbräuchlich verteilt zu haben. Laut Medienberichten transferierte Kreivys sechs Millionen Litas (1,74 Mio. Euro) auf ein Konto, das einer Privatfirma seiner Mutter gehört. Die Affäre brachte am Freitag die gesamte Mitte-rechts-Regierung unter Druck. Nachdem Präsidentin Dalia Grybauskaitė eine Aufklärung über die Anschuldigungen eingefordert hatte und sowohl Kreivys als auch Ministerpräsident Andrius Kubilius gegebenenfalls den Rücktritt nahelegte, hat sich die Lage noch weiter zugespitzt.

Regierungschef Kubilius hat sich nach den ersten Veröffentlichungen zur Affäre am Donnerstag zunächst noch hinter seinen Wirtschaftsminister gestellt und der Opposition vorgeworfen, aus den Anschuldigungen vor den bevorstehenden Kommunalwahlen innenpolitisches Kapital schlagen zu wollen. Wirtschaftsminister Kreivys hatte selbst von „erfundene Beträge“ gesprochen und, ohne dabei die konkreten Vorwürfe zu dementieren, gesagt, er habe niemals jene Hunderte Millionen Litas „gesehen“, von denen in den Berichten die Rede sei. Diese eher ungeschickten Äußerungen dürften auch Ministerpräsident Kubilius verunsichert haben. Er fordert nun von seinem Minister genauere Informationen.

### Strohmann im Kabinett

Wie litauische Medien berichten, soll Kreivys persönlich seine Unterschrift unter die Überweisung des Millionenbetrags an die Firma seiner Mutter gesetzt haben. Außerdem wird seinem engsten Berater Darius Indrunas, dem die Tageszeitung „Kauno Diena“ am Freitag eine auffällige Funktionshäufung in diversen öffentlichen und privaten Einrichtungen attestiert, vorgeworfen, bei dem Geschäft als Stroh- und Mittelsmann fungiert zu haben.

## Offenlegung der Gasverträge

[BRÜSSEL/GO] Europas Gaskonzerne müssen ab 2012 gegenüber der Europäischen Kommission ihre Verträge zur Lieferung von Erdgas mit Drittstaaten offenlegen. Diese Bestimmung der EU-Verordnung zur Sicherstellung der Gasversorgung bereitet den Diplomaten der Mitgliedstaaten in Brüssel derzeit Kopfzerbrechen. Denn es ist unklar, ob die Gaskonzerne Vertragsdauer, die Höhe der Liefermengen und Zahlungsbedingungen direkt nach Brüssel melden oder das über den Umweg der nationalen Regierungen tun sollen. „Die Diskussion sind noch nicht abgeschlossen“, sagte ein EU-Diplomat am Freitag. „Jedenfalls ist es ohne diesen Informationsaustausch unmöglich, eine umfassende Energiestrategie auf europäischer Ebene zu finden.“

Diese Bestimmung soll die bisherige Geschäftspolitik des russischen Staatskonzerns Gazprom verunmöglichen. Gazprom schließt mit jedem EU-Land beziehungsweise dessen führendem Gaskonzern vertrauliche Einzelabkommen und spielt so die Länder gegeneinander aus.



Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel will einen starken politischen Überbau für die angeschlagene Währungsunion.

# „Das Ende des frei schwebenden Euro“

**Wirtschaftsregierung.** Deutschland ist plötzlich wieder treibende Kraft für mehr zentrale Macht in der EU. Von Steuern über Löhnen bis hin zum Pensionsalter soll vieles koordiniert werden.

VON WOLFGANG BÖHM

[WIEN] Die deutsche Bundeskanzlerin stand lange auf der Bremse. Angela Merkel zögerte bei der Hilfe für Griechenland, bis diese kaum noch finanzierbar war. Sie zögerte bei Euroanleihen und bei der Ausweitung des Euro-Rettungsschirms. Ihr Credo hieß lange nur „sparen, sparen, sparen“. Doch nun will sie mehr, will den großen Wurf: nicht nur einen permanenten Rettungsfonds, gemeinsame Insolvenzregeln, sondern auch eine starke wirtschaftspolitische Koordination der Eurozone. Sie bricht Tabus, tritt plötzlich für eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik ein. Die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst soll besser koordiniert werden. Kein Land soll so wie einst Spanien zu stark in einen labilen Sektor (Immobilien) investieren. Die Experten der deutschen Regierung bereiten den größten Eingriff in nationale Wirtschaftskompetenzen vor, den die Europäische Union seit der Einführung des Binnenmarkts erlebt hat. Warum?

Der ehemalige Berater von Helmut Kohl, Europaexperte Professor Werner Weidenfeld vom

Centrum für angewandte Politikforschung in München, zeigt sich im Gespräch mit der „Presse“ überzeugt, dass Merkel gar nichts anderes übrig bleibt. „Vor zwei Jahren hat sie noch völlig anders geklungen.“ Jetzt sei auch nach Berlin „gesickert“, dass der Euro politisch eingerahmt werden müsse. Um die innere Stabilität und äußere Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums abzusichern, geht laut Weidenfeld kein Weg an einem nächsten großen Integrations-schritt vorbei. „Das wäre das Ende der frei schwebenden Währung.“

### Schuldenbremse für alle

Berlin will eine Konstruktion, die schon im Vorfeld verhindert, dass es zu Fehlentwicklungen wie in Griechenland oder Irland kommt. Ein erster Schritt ist bereits vollzogen. Die Haushaltspolitik wird besser koordiniert. Erstmals müssen die EU-Mitgliedstaaten vorab ihre Budgetpläne vorlegen. Sie werden gemeinsam in Brüssel kontrolliert. Nun verlangt Berlin aber auch, dass sich alle Euroteilnehmer zu einer gesetzlichen Schuldenbremse verpflichten, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen koordiniert wer-

den. Ja selbst eine abgesprochene Erhöhung des Pensionseintrittsalters ist im Gespräch.

Weidenfeld erinnert daran, dass schon in der Gründungsphase der Währungsunion eine politische Union im Raum stand. Treibende Kraft war Bundeskanzler Helmut Kohl. Doch die Idee versandete. So lange der Euro in einer Schönwetterperiode existierte, wurde keine Notwendigkeit mehr gesehen, neben dem Stabilitätspakt dieses zweite Fundament zu errichten.

Einzig aus Frankreich kamen regelmäßig Forderungen nach einem wirtschaftspolitischen Überbau. 2008 drängte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy ve-

hement auf die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung. Er verwies auf die unkoordinierten Garantien für Banken, bei denen sich die Mitgliedstaaten gegenseitig in absurde Höhen lizitiert hatten. Irlands Regierung verpflichtete sich damals zu einer unverantwortlich hohen Haftung von 400 Mrd. Euro – doppelt so hoch wie die jährliche Wirtschaftsleistung des Landes.

Aber Deutschland hielt den Forderungen aus Paris Einwände entgegen. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle lehnte das Projekt noch Ende vergangenen Jahres klar ab. Die Regierung in Berlin fürchtete eine Wirtschaftsregierung nach französischem Muster, das Ende eines internen Wettbewerbs in der Eurozone. Während Merkel heute einen harten gemeinsamen Stabilitätspakt und eine Erhöhung der gemeinsamen Wettbewerbsfähigkeit im Auge hat, ging es Paris von Beginn an um mehr Protektionismus für die europäische und eigene Wirtschaft. Das sei der Grund gewesen, warum Merkel so lange gezögert habe, sagt Weidenfeld. „Dieses Modell wird in Berlin klar abgelehnt.“ Jetzt entwickelt Deutschland sein eigenes.

### Auf einen Blick

**EU-Wirtschaftsregierung.** Die EU-Regierungen haben sich vergangenes Jahr auf eine engere wirtschaftspolitische Absprache geeinigt. Berlin setzte lange nur auf mehr Stabilität in der Währungspolitik. Nun will Deutschland aber den großen Wurf mit einer starken Koordinierung bis hin zur Steuer-, Pensions- und Lohnpolitik.

**Insight INVESTMENT**

**INSIGHT GLOBAL FUNDS II PLC**  
Georges Court, 54-62 Townsend Street, Dublin 2, Ireland  
Tel. + 353 1 542 2000 - Fax + 353 1 542 2920

Eingetragen in Irland unter Nr. 424146. Eingetragener Sitz an der oben angegebenen Adresse  
M Boyce (IE), Paul Dellar (GB), C Farquharson (GB), J Fitzpatrick (IE), B McGrath (IE)

**DIESES SCHRIFTSTÜCK IST WICHTIG UND BEDARF IHRER SOFORTIGEN AUFMERKSAMKEIT. WENN SIE SICH NICHT SICHER SIND, HOLEN SIE BITTE FACHMÄNNISCHEN RAT EIN.**

Sehr geehrte Anteilhaberinnen und Anteilhaber,  
**Insight Global Funds II plc (die Gesellschaft)**  
**Insight Global Diversified Return Fund (der Fonds)**

Falls Sie alle Ihre Anteile an dem Fonds verkauft oder übertragen haben, geben Sie dieses Schriftstück bitte umgehend dem Börsenmakler, der Bank oder dem sonstigen Beauftragten, über den bzw. die der Verkauf oder die Übertragung abgewickelt wurde, damit dieser bzw. diese es so bald wie möglich an den Käufer oder Übertragungsempfänger weiterleiten kann. Hierin verwendete großgeschriebene Begriffe, die nicht anderweitig definiert werden, haben die Bedeutung, die ihnen im Prospekt der Gesellschaft zugeschrieben wird.

Wir möchten Ihnen hiermit mitteilen, dass der Verwaltungsrat der Gesellschaft die Schließung des Fonds mit Wirkung vom 25. Februar 2011 (dem **Datum der Schließung**) beschlossen hat. Der Verwaltungsrat ist im Einklang mit den Konditionen des Prospekts der Gesellschaft vom 15. Oktober 2009 (der **Prospekt**) und den Bestimmungen der Gründungsurkunde und Satzung der Gesellschaft und angesichts der aktuellen erheblichen Rücknahmen von Anteilen des Fonds sowie der geringen Wahrscheinlichkeit einer ausreichenden Aufnahme von zusätzlichem Kapital für den Fonds zu dem Schluss gekommen, dass der Nettoinventarwert (**NIW**) des Fonds nicht mehr tragfähig ist, und dass der Fonds daher geschlossen werden sollte.

Der Anlageverwalter des Fonds beginnt ab dem Datum der Schließung mit der Verwertung aller Vermögenswerte des Fonds, um den Fonds ordnungsgemäß abzuwickeln. Gemäß den Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft werden ab dem Datum der Schließung keine Anteile des Fonds mehr verkauft oder zurückgenommen. Sie sollten beachten, dass der Anlageverwalter des Fonds für den Fall, dass sich dies vor oder nach dem Datum der Schließung als für die Liquidität erforderlich herausstellen sollte, die Veräußerung der Anlagen des Fonds und die Wiederanlage der nicht für Rücknahmen erforderlichen Erlöse in liquide Vermögenswerte wie Geldmarktfonds empfohlen hat. Dies sollte den zu diesem Zeitpunkt verbleibenden Anteilhabern Liquidität bieten und den Anlagestrategien des Fonds entsprechen.

Die am Datum der Schließung im Fonds verbleibenden Anteilhaber erhalten alle aus der Liquidation der Anlagen hervorgehenden und zur Ausschüttung verfügbaren Nettobarerlöse. Diese Ausschüttung erfolgt gemäß den Bestimmungen der Satzung der Gesellschaft.

Der Erlös aus der Schließung des Fonds wird den Anteilhabern voraussichtlich am oder um den **3. März 2011** ausgezahlt. Es ist nicht zu erwarten, dass weitere Auszahlungen erfolgen. Sollten jedoch weitere Auszahlungen anfallen, dann erfolgen diese wenn die verbleibenden Anlagen des Fonds verwertet und alle Verbindlichkeiten des Fonds abgerechnet oder beglichen wurden.

Bitte beachten Sie, dass der Verwaltungsrat der Central Bank of Ireland und die Irish Stock Exchange über die Schließung informieren wird. In Verbindung mit diesen Angelegenheiten ist keine Versammlung oder Abstimmung der Anteilhaber erforderlich und daher brauchen Sie nichts zu tun.

Nach der Verwertung aller Anlagen wird bei der Central Bank of Ireland der Entzug der Zulassung des Fonds beantragt. Die Kosten der Schließung des Fonds werden vom Fonds getragen. Daher werden diese Kosten bei der Bestimmung des zur Auszahlung an die Anteilhaber verfügbaren Betrags berücksichtigt.

Wenn Sie Fragen zu den oben dargelegten Angelegenheiten haben, wenden Sie sich bitte an den örtlichen Vertreter der Gesellschaft oder die Zahl- und Informationsstelle (Société Générale, Vienna Branch, Prinz-Eugen-Strasse 32, A-1040 Wien), an Ihren Insight-Relationship-Manager oder an einen professionellen Berater.

26. Januar 2011  
Mit freundlichen Grüßen  
für und in Vertretung von **Insight Global Funds II plc**

Wer betreibt ...

mit [www.wetter.tv](http://www.wetter.tv) das Wetterportal, dem bereits nach zehn Monaten mehr als eine 1/4 Million Österreicher vertrauen?

UBIMET

WEIL WETTER WICHTIG IST.

Mehr als 50 Meteorologen arbeiten rund um die Uhr an der besten Prognosegenauigkeit Österreichs.

[www.ubimet.com](http://www.ubimet.com)